

AHS- INFORMATION

Nachrichtendienst der AHS-Gewerkschaft

An alle
Gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse
und Landesleitungen

Wien, am 19. Dezember 2013

RUNDSCHREIBEN 11 (Schuljahr 2013/2014)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ein herzliches Dankeschön, dass so viele von Ihnen so kurz vor Weihnachten und bei Temperaturen unter 0°C Mühen auf sich genommen haben, um solidarisch mit den anderen Berufsgruppen im öffentlichen Dienst am 18. Dezember auf dem Ballhausplatz in Wien ein beeindruckendes Zeichen zu setzen. Viele Medien berichten darüber gleichlautend:



„40.000 Beamte (laut Polizei und Gewerkschaft) haben am Mittwochnachmittag am Ballhausplatz gegen die stockenden Gehaltsverhandlungen demonstriert. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) Fritz Neugebauer richtete der Regierung bei der Kundgebung aus: „Es wäre gescheit, ihr zieht's euch warm an!“ [...] „Wen das nicht beeindruckt, der hat kein Herz“, meinte Neugebauer auf die Frage, ob er glaube, dass die Regierung sich von der Demonstration beeindruckt zeigen werde. Er bedankte sich bei Bürgermeister, „manchen Landeshauptleuten und manchen Regierungsmitgliedern“, für

die „Sozialpartnerschaft kein Fremdwort ist“. Als er den Beschluss des Lehrerdienstrechts gegen den Willen der Gewerkschaft kritisierte, stimmten ihm die Teilnehmer mit besonders lauten Pfiffen und Buh-Rufen zu.“

Im heutigen Ö1-Morgenjournal sagte Fritz Neugebauer zum Beschluss des neuen Lehrerdienstrechts:

„Da hat die Regierung einen schweren Fehler gemacht. Nicht nur, den Verhandlungstisch zu verlassen, sondern auch ein Konstrukt aufzusetzen, das in Wahrheit jetzt letztendlich im Parlament mit ein paar Pflastern und Flickern versehen worden ist. Aber das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Da muss man noch viel reparieren.“

Und auf die Nachfrage „Und Sie halten das für wahrscheinlich, dass das kommt?“ antwortete der GÖD-Vorsitzende: „Das muss kommen, damit es funktionieren kann.“

Als nächsten Schritt haben die Lehrgewerkschaften gemeinsam eine parlamentarische Bürgerinitiative gestartet (Text als Beilage). Sobald diese auf der Parlamentswebsite online unterstützt werden kann, werden wir darüber informieren.

Abschließend wünschen wir Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2014, in dem wir alle gemeinsam weitere Maßnahmen gegen das neue Lehrerdienstrecht setzen werden.

Mit kollegialen Grüßen

Mag. Dr. Eckehard Quin e.h.
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

Mag. Michael Zahradnik e.h.
Vors.-Stellv.

Mag. Herbert Weiß e.h.
Vors.-Stellv. u. Besoldungsreferent

Beilage: Anliegen der parlamentarischen Bürgerinitiative der fünf Lehrgewerkschaften

Formblatt für eine Parlamentarische Bürgerinitiative

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

Aufhebung der Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst („neues Lehrerdienstrecht“) und Gestaltung eines modernen, attraktiven und leistungsorientierten Lehrerdienstrechts

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Bei Umsetzung müssen das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz und das Unterrichtspraktikumsgesetz geändert werden. All diese Gesetze sind Bundesgesetze.

ANLIEGEN:

Der Nationalrat wird ersucht,

1. das „neue Lehrerdienstrecht“ aufzuheben,
2. die unverzügliche Durchführung einer Lehrerarbeitszeitstudie anzuregen, die von Dienstgeber- und Dienstnehmerseite gemeinsam finanziert und gestaltet wird und über die eine unabhängige Einrichtung die derzeitige Arbeitssituation der Lehrkräfte Österreichs quantitativ und qualitativ nach wissenschaftlichen Kriterien erhebt und bewertet,
3. aufbauend auf dieser Arbeitszeitstudie ein neues Lehrerdienstrecht zu gestalten, das
 - a. der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Berufsgruppe gerecht wird und so viele junge Menschen für diesen Beruf begeistert, dass eine Auswahl der für ihn bestgeeigneten ermöglicht wird, wie es in anderen Staaten gelingt,
 - b. die masterwertige neue Lehrerausbildung auch besoldungsmäßig berücksichtigt,
 - c. die vielfältigen Belastungen außerhalb des Unterrichts inhaltlich und zeitlich abbildet,
 - d. Leistungskomponenten beinhaltet (System von Einrechnungen und Zulagen für schulische Zusatz- und Schlüsselfunktionen) und
 - e. den Einstieg in den und den Ausstieg aus dem Lehrberuf durch verbesserte wechselseitige Anrechnung von Dienstzeiten erleichtert,
4. die gesetzliche Basis dafür zu schaffen, dass
 - a. im Schulsystem ausreichend Unterstützung durch Supportsysteme gewährleistet ist, die qualitativ und quantitativ international üblichen Standards entsprechen,
 - b. moderne Arbeitsplätze für LehrerInnen zur Verfügung stehen,
 - c. ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden, um die vorgeschriebenen Klassenschülerhöchstzahlen und Gruppengrößen einhalten und wieder ein reiches Angebot an Freifächern und Unverbindlichen Übungen erstellen zu können,
 - d. die Autonomie der Schulen ausgebaut wird,
 - e. ein qualitativ hochwertiges und flächendeckendes Angebot ganztägiger Schulformen unter Wahrung der Wahlfreiheit angeboten wird und
 - f. den Schulen ein Kontingent an frei verfügbaren und flexibel einsetzbaren Ressourcen für pädagogische Zwecke, wie z.B. Interessens- und Begabungsförderung, pädagogische Schwerpunktsetzungen, Individualisierung, Sonderpädagogik etc. zur Verfügung steht.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)